

**Erzheimat täglich**  
nachmitt. mit Ausnahme  
des Sonn- und Feiertags.

**Bezugspreis**  
monatlich 60 Pfennig fort  
ins Haus, durch die Post  
bezogen monatlich  
1,00 Mk. ohne Postgebühr.

**„Die Neue Welt“**  
(Kriegsbeilage),  
monatlich 10 Pfennig.

**Verantwortl. Redaktion:**  
Schriftleitung: Nr. 1008  
Verlagsdruck: Nr. 1047

# Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.  
Haupt-Geschäftsstelle: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. s Schriftleitung: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 7/12—7/10 Uhr mittags.

**Anzeigengebühr**  
beträgt für die 6 Spalten  
Kolonnenbreite bei einem  
30 Pfennig.  
für einwöchige Anzeigen  
30 Pfennig.  
Anzeigen anderer Größe  
die Seite 75 Pfennig.

**Anzeigen**  
für die halbe Spalte  
müssen spätestens die  
mittags halb 10 Uhr in der  
Geschäftsstelle ankommen  
sein.

eingetragen in die  
Postzeitungsliste.

## Was ist liberal?

In Leipzig erfolgte Gründung eines liberalen Arbeitervereins mit manchen liberalen Führern aus dem Büschen gebracht. Sie sehen den Himmel voller Geigen und hoffen, es sei jetzt der Anfang gemacht mit einer allgemeinen Abkehr der Arbeiterschaft von der Sozialdemokratie und ihrer reumütigen Rückkehr zur Gelobtheit des Liberalismus, zu dem sie eigentlich gehören und dem sie nur durch die Agitation Kapitalist vor 50 Jahren absperrig gemacht worden seien. Unter den Jubelartikeln, die aus diesem Anlaß in der „entschieden“ liberalen Presse verbrochen worden sind, fällt ein in der Zeitschrift März erscheinender durch besonderen Uberschwang der Gefühle aus. Wie sich bei einem Liberalen von selbst versteht, führt er den Abfall der Arbeiter vom Liberalismus nur auf tatsächliche Fehler der liberalen Parteien zurück und beklammert deshalb diese, legt um des Himmels willen seine neuen Fehler in der Behandlung der Arbeiter zu machen, denn er (der Liberalismus) und das deutsche Volk braucht für die Gestaltung der Zukunft die Unterstützung derer, die mit Mut und Blutes für erkranken wollen, weil ihr eigenes und das Schicksal ihrer Kinder nur gewinnen kann, wenn der Liberalismus zum Siege kommt.“ Angesichts solcher Behauptung dürfte es angebracht sein, die Frage, was eigentlich liberal ist und welche Ziele der Liberalismus erstrebt, einmal wieder aufzurollen.

„Daß der Liberalismus etwas mit Freiheit zu tun habe, ist das offenkundigste Kennzeichen seines Wesens, wie auch das Wort liberal in den lateinischen Namen liber = frei zurückzuführen ist. Der Liberalismus will seinem Wesen nach Freiheit für möglichst viele Menschen schaffen.“

Das ist die Essenz, welche die nationalliberale Partei in ihrem politischen Handbuch vom Begriff des Liberalismus gibt. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß Freiheit nicht ohne Gleichheit bestehen kann; denn die Unfreiheit besteht ja eben darin, daß der Unfreie nicht die gleichen Rechte genießt wie der Freie. Freiheit und Gleichheit, gleiches Recht für alle haben deshalb von jeher als Prinzipien des Liberalismus gegolten.

Das, was gesagt geht aus dem Text des nationalliberalen Handbuchs hervor, ist, daß der Nationalliberalismus will der März nicht mißbilligen lassen. Das Verhalten der Nationalliberalen, schreibt er, „angehen beim Sozialistengesetz bis auf die heutige Zeit in der preussischen Wahlrechtsfrage oder in der Behandlung und Förderung der gelben Gewerkschaften hat doch zu jeder das notwendige Maß an sozialistischem Verständnis für die moderne Arbeiterbewegung vermessen lassen, als daß es möglich gewesen wäre, auch sie als gleichwertige liberale Partei anzuerkennen.“ Er hätte die Bitte getroffen noch weiter ausdehnen können. Sie läßt nicht erst dem Sozialistengesetz an, sondern schon beim Kulturkampf, in dem bei der Gründung der nationalliberalen Partei in der Behandlung der Militärfrage. Ebenso haben in der Zoll- und Wirtschaftspolitik, im Finanz- und Steuerwesen, in der Sozialpolitik usw. usw. die Nationalliberalen stets an der Seite der Konservativen gegen Freiheit und Gleichheit gekämpft.

„Der bestes denn in den Fortschrittlern, den angeblich „entschieden“ Liberalen anders? Auch sie haben im Kulturkampf gerade die geschäftlichen Wege gegen die Meinungsfreiheit und Mediengleichheit untergraben; auch sie haben in den Grundfragen aller praktischen Politik, den Militär- und Steuerfragen, die geschehen die Macht der Regierung gegenüber der Volkserhebung zu stärken, also nicht die Freiheit, sondern die Unterdrückung des Volkes zu fördern.“

„Zum wird der März vielleicht meinen, das gedre oben zu den Fehlführern, die der Liberalismus früher begehren habe und die er ihnen befohlen, jetzt zu verneinen. Das kann aber nicht ganz stimmen, denn erstens hat gerade in der Militärfrage die Fortschrittspartei neuerdings auch ihre frühere Scheinopposition aufgegeben und ist offen an die Seite der Regierung getreten; sie hat also nicht begriffen — oder nicht begriffen wollen —, daß die Frage, ob Frieden oder Krieg, die Politik der Regierung ist, sondern die Volkserhebung ist, indem eine Frage der Machtverteilung zwischen Regierung und Volk ist, also eine Frage der inneren Politik, die der Liberale, wenn er wirklich die Freiheit des Volkes erstrebt, nur zugunsten der Volkserhebung entscheiden dürfte. Zweitens ist dem März gerade dies das Wertvolle an dem liberalen Arbeiterverein, daß er „national“ ist, und unter „national“ versteht man bekanntlich heutzutage ausschließlich die buramäßige Bewilligung der Militärforderungen. Drittens aber — kann man denn wirklich im Ernst behaupten, daß der Liberalismus der „entschieden“ sowohl wie „national“ seine ganze Haltung nur aus Zufall, nur aus einem taktischen Mißverständnis einnehme?“

„50—60 Jahre ist es jetzt her, daß Friedrich Julius Stahl, der Begründer der konservativen Partei, an der Berliner Universitäts seine Vorlesungen über „die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche“ hielt. Es sei erlaubt, die folgenden zwei kurzen Stellen daraus hier anzuführen:“

„Die liberale Partei behauptet die Volkshoheit, indem sie behauptet, daß der König nicht von Gottes Gnaden, sondern durch den Willen des Volkes ist, daß die Regierung sich nicht nach dem Willen des Königs, sondern nach dem Willen des Volkes zu richten habe, also insofern, daß am wenigstens nicht eine bloße Autorität über ihr bestehe. Allein wenn es nur darauf ankommt, das gesamte Volk gleichmäßig zur Herrschaft zu verhelfen, auch innerhalb des Volkes nicht eine Klasse der Autorität der andern zu unterwerfen, da verläßt sie diesen Ge-

danke, sie beruht zur Herrschaft nur die Vermöglichen. Gebildet, d. i. eben nur sich selbst.“ — Ebenso behauptet die liberale Partei den Gehorsam der Gleichheit gegen den Adel. Wenn, soll die Klasse der Wohlhabenden dieselben Rechte mit ihr erhalten, damit sich sie den Gedanken auf und macht politisch-rechtliche Unterschiede zugunsten der Vermöglichen.“

Unter weiter schreibt Stahl:  
„Wenn der Wille des Menschen die einzige berechtigte Macht in der gesellschaftlichen Ordnung ist, warum ließ der Wille der Regierenden und Gehobenen? In der behauptet Arbeiter weniger Mensch? Wenn die Majorität derjenigen, die 500 Franken Steuern zahlen, Herr im Staate sein soll, warum nicht die noch größere Majorität derjenigen, welche nur 10 Franken oder gar keine Franken zahlen? ... Daher der Vorwurf, welcher der liberalen Partei überall von der demokratischen gemacht wird, daß sie gegen ihre Grundgedanke handle für ihre Vorteile.“

Wüsste man nicht genau, daß diese Sätze vor bald zwei Menschengenerationen geschrieben sind, so würde man glauben, sie kämen von gestern oder heute. Sind doch die Vorwürfe, die Stahl erhebt, genau dieselben, die wir nach heute gegen sie erheben müssen! Und nicht nur das; damals gab es in Deutschland noch keinen herrschenden Liberalismus, Stahls Vorwürfe richten sich gegen den Liberalismus in Frankreich. Beweist das nicht, daß der Liberalismus auf einer gewissen Höhe seiner Entwicklung und Machtentfaltung sogar in verschiedenen Ländern die gleiche Daltung einnimmt? Und ist damit nicht erwiesen, daß diese Daltung — weit entfernt von Zufälligkeiten und Personen abhängig — vielmehr aus der inneren Natur des Liberalismus entspringen muß?

Es ist auch begreifbar, daß der alte Stahl die innere Natur des Liberalismus schon ganz gut gekannt hat, indes seine heutigen Jünger darüber immer noch im Dunkeln tappen. Wie jede andere Partei, ist auch der Liberalismus die politische Vertretung einer bestimmten Interessengruppe: er vertritt das bestehende Bürgertum. Dessen Interessen wahrzunehmen, ist seine erste und eigentliche Lebensaufgabe. Deshalb verlangt er in allen Ländern das gleiche Recht, so lange noch Vorrechte des Adels bestehen; denn solche sind den Interessen der Bourgeoisie abträglich. Sobald aber das Bürgertum diesen Kampf gewonnen und die Vorrechte des Adels beseitigt hat, tritt die Bourgeoisie die Herrschaft an, und dann denkt sie im Traume nicht daran, auch ihre eigenen Vorrechte zu beseitigen und das gleiche Recht auch für den Arbeiter zu fordern. Im Gegenteil, sie sichert ihre Herrschaft durch ein neues System ungleicher Rechte, und Sache des Liberalismus ist es dann, diese neuen Vorrechte gegen das Proletariat zu verteidigen. So war es vor 100 und vor 50 Jahren in Frankreich, so ist es heute in Deutschland.

Wer diese Zusammenhänge kennt, wird die Daltung der Liberalen in der praktischen Politik ohne weiteres verstehen und, wie wird die Frage, als ob das Schicksal der Arbeiter durch den „Siege des Liberalismus“ gewinnen könne, nach ihrem wahren Werte einschätzen wissen.

## Der Balkankonflikt.

### Die Kriegsgefahr beseitigt?

Auf dem Balkan ist die endgültige Entscheidung über Krieg oder Frieden noch nicht gefallen, und verschiedene Ansichten darüber heute auf eine Besserung der Situation hin. Die „Mächte“ scheinen sich doch insofern verständigt zu haben, daß man sich angeblich ernstlich „bemühen“ will, den Ausbruch des Krieges im letzten Moment noch zu verhüten. Die Stellungnahme der „Mächte“ zu den französischen Vorschlägen wird folgendermaßen dargestellt: Rußland und Frankreich als Urheber des Projektes stimmen selbstverständlich den Vorschlägen zu. Die Antwort Deutschlands steht ebenfalls vor. S. Adersleben-Waechter erklärte dem Westdeutschen Anzeiger, Gumbach, daß er weder gegen die Vri noch gegen die Form des Projektes irgend einen Einwand erhebe. — England erklärt sich den Vorschlägen nicht grundsätzlich abgeneigt, zeigt aber noch große Zurückhaltung. Es möchte natürlich den in der letzten Zeit in der Türkei gewonnenen großen Einfluß nicht wieder verlieren und operiert deshalb äußerst vorsichtig, um es mit der türkischen Regierung nicht zu verderben. Trotzdem erscheint eine Verständigung und ein entscheidendes Eingreifen der Großmächte auch jetzt noch nicht ausgeschlossen. Namentlich die Regierung Bethmann-Slowatsch scheint dieser Auffassung zu sein, was sich in dem daraus resultiert, daß das Reiches „philosophischer“ Rangliste zurzeit mit „philosophischer“ Gemütsruhe dem — Tagdeveranagen buldigt. Diese gemütsliche Betrachtung der Dinge findet man auch in dem sogenannten Regierungsorgan, der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung. Schreibt doch das Blatt: „Die ruhige Auffassung, wonach Mobilisierungen auf dem Balkan nicht unmittelbar den Ausbruch des Krieges bedeuten, hat vorläufig recht behalten. Ob eine Ansicht vorhanden ist, daß es gelingen könnte, diesen Krieg ganz zu verhüten, lassen wir dahingestellt. Nachdem aber ernstliche Verhandlungen der „Mächte“ darüber im Gange sind, den eventuellen Krieg zu isolieren, ist Deutschland an der Frage nur sehr indirekt interessiert?“ und kann mit Ruhe gemeinsame Entschlüsse der beiden nachbarlichen Mächte, Oesterreich-Ungarn und Rußland, abwarten. Abstem gemeinschaftlichen Vorgehen werden sich die anderen Mächte zweifellos anschließen.“

Man geht also im Tempo des Strömungslinien Landsturms vor, weil man „an der Frage nur sehr indirekt interessiert“ ist! Welch tiefergründige philosophische Weisheiten, wenn es gilt, einen Krieg zu verhindern, der sich zu einem Weltbrande entwickeln kann!

Anders findet die „ruhigere Auffassung“ des Ranglistens über die Balkanfrage eine Stütze in der Abhaltung des von russischen Seite, Graf Witte habe aus Paris telegraphiert, die Türkei hätte den Vorstellungen Rußlands und Frankreichs nachgegeben und sich zu weitgehenden Reformen in Mazedonien bereit erklärt. Ferner soll der türkische Minister des Auswärtigen der Vertreter des Wiener Tel. A. A. Bureau aus der Mitteilung ermächtigt haben, daß die Porte, um bessere Verhältnisse in den europäischen Provinzen der Türkei herbeizuführen, beschließen habe, das Gesetz von 1880 anzuwenden, das sich auf den Artikel 23 des Berliner Vertrages gründet. — Nicht ganz im Einklang mit dieser Darstellung steht eine angebliche Äußerung des russischen Ministers des Auswärtigen zu dem Delegierten einer französischen Zeitung. Derselbe soll erklärt haben, die Forderungen der Bulgaren betreffend Mazedonien seien zum Teil übertrieben und unüberwindlich für die Türkei, ja die Forderung, daß Mazedonien einem belgischen oder schweizerischen Souveränitätsgesetz gehorchen solle, wie eine Forderung, in die die Türkei nicht einwillige und für welche die Großmächte in Konstantinopel keinerlei Pression ausüben würden. Ebenso wenig könne man hoffen, daß sich die Türkei dazu verstehen werde, die mazedonischen Reformen durch die Vertreter der verschiedenen Balkanstaaten kontrollieren zu lassen.

Diesen relativ immerhin noch optimistischen Auffassungen stehen Nachrichten entgegen, die die Balkanfrage noch immer recht pessimistisch darstellen. So heißt es in einer Meldung aus Sofia vom 6. Oktober: Die diplomatische Aktion zur Friedenserhaltung des Friedens, welche in den Hauptstädten eifrig fortgesetzt wird, hat nur wenig Aussicht auf Erfolg und ein Krieg kann nur durch ein Wunder vermieden werden. Die Porte ist fest entschlossen, von seiner Seite Vorschläge bezüglich der zu treffenden Reformen anzunehmen, solange die Balkanstaaten nicht abstrinken. In diplomatischen Kreisen erachtet man die Lage als hoffnungslos, doch wird man trotzdem einen neuen Versuch machen.

Hoffen wir, daß die Optimisten recht behalten mögen!

### Die Lage auf dem Balkan.

London, 6. Oktober. Die friegerische Begeisterung wird allorts immer größer. Die Kundgebungen und Versicherungen, nicht nachgeben zu wollen, mehren sich, während gleichzeitig die Mobilmachung mit fieberhafter Eile fortgesetzt wird. Natürlich artikulieren auch die verschiedensten Gerüchte, ohne daß man sie nachgeprüft hat. So wird berichtet, daß serbische Banden bereits in den Sandbäck von Noviagar eingebunden seien und daß Vorporkengruppen an der bulgarischen Grenze festgenommen hätten. Ueber diese sind jedoch bisher keinerlei Einzelheiten bekannt geworden und herrscht über ihren Verlauf noch weiter Ungeklärtheit. Eine Meldung aus Skopje besagt, daß in der Gegend oberhalb ein Zusammenstoß stattgefunden hätte, wobei ein Türke und zwei Serben gefallen seien. Die Türken sollen die montenegrinischen Vorporken bei Gurjing zurückgeschlagen haben.

Belgrad, 6. Oktober. Die feindselige Stimmung gegen Serbien äußerte sich in Leßbü in schweren Erschöfen. Eine Volksmenge griff das serbische Konsulat an und zerstörte mehrere Fenster. Militär fährt ein, um die Mäße wieder herzustellen und das Konsulat zu bewachen.

### Zusammenstöße an der Grenze.

Semlin, 6. Oktober. Extrablätter in Belgrad melden von neuen, gestern abend und nachts erfolgten Zusammenstößen an der Grenze des Sandbäckes zwischen serbischen und türkischen Militär. Besonders auf türkischer Seite seien die Verluste groß. Mehr als 200 Tote und Verwundete hätten die Türken erlitten. Sie seien in einen Hinterhalt geraten und im Schloß von Verc herab von zwei Seiten vom serbischen Militär beschossen worden. Auch ein türkischer Sandmann sei getötet worden. Die Meinung herrscht sich hier immer mehr, daß es auch ohne formelle Kriegserklärung möglich zum allgemeinen Ausbruch des Krieges kommen werde. Bei Jamboli hat gestern früh bermal ein blutiges Geplänkel zwischen bulgarischen und türkischen Vorporken stattgefunden.

Mailand, 6. Oktober. Ein in letzter Stunde aus Triest hier eingetroffenes Telegramm besagt, daß Montenegro die türkische Grenze überschritten haben und in Trisarg eingedrungen sind.

### Das bulgarische Parlament

beschloß, an die „Republikanten“ in Belgrad, Wien und Czernje Begrußungsenderschen zu richten. Sodann wurde der Ulaß über die Proklamierung des Belagerungszustandes in Bulgarien durch Zufall genehmigt. Eine kurze Debatte entspann sich über den Mobilisierungszustand. Minister Gschow hob hervor, die Regierung sei sich der außerordentlichen Schwere ihres Entschlusses bewußt, finde jedoch eine genügende Stärke darin, daß die glorreichste Welt ihren Bemühungen, den „Frieden“ zu erhalten, „Verechtigtheit“ wider-







# Beilage zum Volksblatt.

Nr. 235

Halle a. S., Dienstag den 8. Oktober 1912

23. Jahrg.

## Die Teuerung.

Lehren der Not.

Das hürnische Begehren des städtischen Ausschusses, endlich den Reichstag einzuberufen, wird von den Machthabern nach wie vor ignoriert. Die Eingabe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat Herr Reismann nur formell beantwortet, aber nicht gesagt, ob er die Volkserhebung zusammenberufen will oder nicht. Die Tatsachen zeigen aber dem Volke, daß man keine erwünschte Vertretung konsequent ausführt und nur mit Scheinmittelchen operiert, die die Not nicht lindern und die Teuerung nicht beheben. Erst wenn die Mehrheit der gesamten arbeitenden Massen in der Sozialdemokratie vereinigt sein werden, wird dieses gewaltige Wankinstrument Kraft genug sein, die Interessen der schaffenden Klasse in Staat und Nationalparlament umzusetzen. Schafft man die Stärkung der sozialdemokratischen Organisation!

### Maßnahmen zur Linderung.

Der Berliner Magistrat beschloß, für Berlin und zugleich namens der anderen Gemeinden Groß-Berlins größte Fleischlieferanten von mehreren Tausend und Zehntausend in Auftrag zu geben, nachdem die bisherige Angelegenheit der Einkaufen nicht befriedigend war. Es handelt sich um frisches Schweine- und Rindfleisch, das durch die Fleischmeister in den hiesigen Markthallen zu Breiten verkauft werden soll, die der Magistrat festsetzt. Die landwirtschaftliche Provinzialgenossenschaft für Brandenburg in Berlin hat sämtlichen brandenburgischen Städten einen Vorschlag zu einer gemeinsamen Konferenz unterbreitet, in der erzwungen werden soll, wie die gegenwärtig unvernünftige hohen Fleischpreise auf ein angemessenes Niveau zurückgeführt werden können. Der Genossenschaftsjahresplan gehören 40 000 jumeit kleine und mittlere Grundbesitzer an.

Die altenburgische Staatsregierung hat einen Erlaß an die Gemeinden herausgegeben, nach welchem den Gemeinden das Recht der Einführung frischen Fleisches, soweit letzteres sich jetzt von der Reichsregierung zugelassen ist, bis auf weiteres die Rollen für Zoll und Transport aus der Staatskasse erstattet werden.

Die Stadtverordnetenvertretung von Lese beschloß, gemeinsam mit der Stadt Bremerhaven ausländisches Fleisch zu beziehen.

Bei den hiesigen Metzgeren muß für Rindfleisch 75—95 Pfennig und für Schenfleisch 80—105 Pf. bezahlt werden. Im hiesigen vorzuziehlichen Einfuhr zu können, wurde beschlossen, mit den Städten Nürnberg und Erlangen gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen. 5000 Mk. sollen als anfänglicher Betriebsfonds dienen. Später wird gemeldet: Die hiesigen Metzger beschloßen, das von der Stadt eingeführte Fleisch nicht auszuhandeln. Die Stadt hat ihnen einen Verbot von 12 Pf. für das Pfund angeboten. Das war den Metzgeren zu wenig; sie verlangen 18 Pf. Auf diese Weise darf eingeführte Fleisch noch höher im Preise kommen, als das, welches die Metzger verkaufen. Wenn die Metzger nicht nachgeben, wird die Stadt das eingeführte Fleisch in eigener Regie auszuhandeln.

Die Fleischverzehrung in Breslau beschloß im Gegensatz zu vielen anderen Annungen dieses Gewerbes, im voraus dem Magistrat die Übernahme des Verkaufs von argentinischem Geflügelfleisch anzubieten, falls die städtische Teuerungskommission die Einfuhr von letztem oder anderem ausländischen Fleische beschließt. Allerdings hat die gegenwärtige Teuerung unter den Breslauer Fleischmeisteren schon eine Anzahl Opfer gefordert. Viele Geschäfte mußten wegen zu geringen Umsatzes geschlossen werden.

In Dresden haben die Fleischmeister, nachdem drei Lieferungen dänischen Fleisches dort eingetroffen waren, auch eine Ermäßigung des Preises für deutsches Fleisch eintreten lassen, so daß beide Sorten nunmehr gleich viel kosten. Wäre hatten sie immer und immer wieder erklärt, sie könnten nicht heruntergehen.

Nach der preussischen Regierungsverordnung darf belgisches Fleisch jetzt in Deutschland eingeführt werden. Um der durch diese Maßnahmen in Belgien bestimmte erwarteten Steigerung der Fleischpreise vorzubeugen, soll man jetzt argentinisches Schlachtfleisch in Belgien einführen und schlachten.

### Ungeheure Preise für Fleischlieferungen.

Der Stadtrat in Aitenburg hat dem Stadtverordnetenkollegium eine Denkschrift zugehen lassen, in der nach amtlichen Erhebungen die Preissteigerungen der Jahre 1907—1912 aufgeführt werden. Diese Preissteigerungen grenzen an Wahnsinnigkeit. Die Preissteigerungen betragen für Rindfleisch 27 Proz., für Kalbfleisch 27 Proz., für Schweinefleisch 34 Proz., für Schaffleisch 40 Proz., für gereinigtes Fleisch 47 Proz., für Butter 52 Proz., für Eier 48 Proz., für Butter 68 Proz., für Eier 109 Proz., für Weizenmehl 67 Proz., für Roggenmehl 118 Proz., für Kaffee 80 Proz., gebrannt 143 Proz., für Salz 10 Proz., Milch 10 Proz., Kartoffeln 64 Proz., Nougat 13 Proz. u. s. In der Denkschrift wird entschieden besprochen, daß man es in den Teuerungsercheinungen mit „vorübergehenden“ Verhältnissen zu tun habe. Die Denkschrift gibt ferner in der Forderung nach Aufhebung oder Ermäßigung der Zölle für Weiz, Fleisch und Futtermittel, Erleichterung der Einfuhr von Vieh aus den Nachbarländern, Ermäßigung der Einfuhr von getrocknetem und geräucherem Fleisch.

### Die Konferenz im Ministerium.

Wieder die Konferenz, die am Samstag im preussischen Ministerium des Innern stattfand, und an der auch Vertreter aller im Vorstand des preussischen Städtetages vertretenen Städte teilnahmen, wird gemeldet:

Die fünfzehnköpfigen Verhandlungen beschränkten sich im wesentlichen darauf, daß die Vertreter der einzelnen Städte über die Maßnahmen berieten, die sie zur Linderung der Fleischnot getroffen haben. Von den Städten wurde mehrfach energig geltend gemacht, daß die bisherigen Regierungsmaßnahmen nicht ausreichen und die mehrfach schon mitgeteilten Wünsche der Kommunen erfüllt werden müßten. Die Debatte erstreckte sich dann darauf, was im Rahmen der von

dem Staatsministerium bereits gefaßten Beschlüsse noch gemacht werden könnte und wie die Ausführung dieser Beschlüsse zu gestalten sei. Festsetzte hat die Konferenz, die nur einer Aussprache dienen sollte, vorläufig nicht ergeben. Im übrigen werden die Städte auf dem Düsseldorf-Preussischen Städtekongress sich weiter mit dieser Angelegenheit befassen."

## Gewerkschaftliches.

### Der britische Bergarbeiterkongress.

Aus London schreibt man: Das Jahreskongress des Bergarbeiterverbandes von Großbritannien hat die Beratungen in Swansea beendet. Die Signatur des Kongresses war der sozialistische Geist, der die Verhandlungen durchdrang, von der Eröffnungssitzung des Vorsitzenden Robert Smillie bis zu den Schlussworten. Smillie wurde einstimmig zum Präsidenten des Verbandes gewählt, und mit ihm befindet sich zum erstenmal ein Sozialist in diesen wichtigen Posten. Die Verhandlungen der Konferenz haben auch sonst immer wieder gezeigt, daß der Einfluß der alten liberalen Führer, obwohl viele von ihnen noch im Parlament sitzen, sehr stark schwand.

Der von einer früher eingesetzten Spezialkommission gründlich vorbereitete und sorgfältig abgefaßte Bescheid wurde als eine Kommission zur Festsetzung der Verkaufspreise von der Konferenz nach eingehender Beratung einstimmig angenommen. Einige Bestimmungen des Entwurfs, der aus 19 Paragraphen besteht, seien hier erwähnt. Der 1. Paragraph sieht die Einsetzung eines Ministeriums für Bergwerke, einen Minister mit 2000 Pfund Jahresgehalt an der Spitze, von dem die Kosten der stehenden Vertriebsstellen sowie allen mit ihnen in Verbindung stehenden Kosten, sowie alle den Grubenherren gehörenden Bergarbeiterhäuser, in das Eigentum und den Besitz des Bergministeriums übergehen sollen. Nach dem 3. Paragraph soll das Bergministerium diese Bergwerke ankaufen, aber so, daß weder für die Mineralien Verlust, noch für irgendwelche Geschäftsgeschäfte der Bergwerke eintritt. Paragraph 4 setzt eine Kommission zur Festsetzung der Verkaufspreise ein. Der Vorsitzende der Kommission wird vom König ernannt, drei der Mitglieder vom Grubenherrenverband, drei vom Bergarbeiterverband und zwei vom Gewerkschaftskongress. Paragraphen 5 und 6 schreiben die Art der Festsetzung der Verkaufspreise vor und setzen Maximumverkaufspreise nach Maßgabe der jährlichen Kohlenförderung fest. Der Preis wird in besonderen dreiprozentigen Staatspapieren gezahlt, die nach 20 Jahren vom Staate al pari eingelöst werden können. Paragraph 8 ermächtigt die Regierung, die Kohlenindustrie und alle damit zusammenhängenden Unternehmungen zu betreiben. Paragraph 9 sichert den Bergarbeitern, wiewohl sie Staatsangehörige werden, das volle Wahlrecht und Gleichheit und ihren Vereinigungen das Recht der politischen Beteiligung. Paragraph 17 verpflichtet die Regierung zur Beförderung der Bevölkerung mit genügendem Maße zu günstigen Preisen und bereitet Privatpersonen den Handel mit Kohle.

Die Konferenz beschloß, diesen Entwurf der nächsten Jahreskonferenz der Arbeiterpartei zu übermitteln, damit er die ganze Arbeiterpartei umfasse.

Eine allgemeine Stellungnahme zum Minimallohn-gesetz enthält nur eine Resolution der britischen Bergarbeiter, die neben einer etwas unbestimmten Verteilung des Gesetzes eine Ausdehnung der in den verschiedenen Distrikten gezahlten Löhne forderte. Die Resolution wurde mit geringer Mehrheit abgelehnt. Dagegen stimmte die Konferenz vielen Beschlüssen über die Funktion des Gesetzes zu und forderte entsprechende Amendements. Eine Forderung, die der Arbeitgeber auf 5 Tage in der Woche zu beschränken, wurde trotz der Gegenwartsatz mehrerer Abgeordneter angenommen. Ein Antrag des großen Streiks ist der Beschluß, in allen Distrikten gleiche Stunden-gesetze einzuführen, und ferner den Vorstand zur Vorbereitung von Statuten darüber zu beauftragen, was für Mehrheit zur Erklärung und zum Abschluß eines Streiks erforderlich ist. Sehr wichtig ist endlich der Beschluß, daß in Zukunft Parlamentsamendaturen nicht auf Mitglieder des betreffenden Distriktsverbandes beschränkt sein dürfen.

### Der Streik im Aömer Verkehrsberewe.

ist beendet. Der Streik wurde mit hoher Entschiedenheit durchgeführt. Kein einziges Viehfuhrwerk war in den Straßen Kölns zu sehen. Die Verhandlungen wurden dadurch erschwert, daß der Polizeipräsident in Urlaub ist. Bei den wiederholten Verhandlungen, die sich bis in die Nacht hinein ausdehnten, wurde die Beilegung einiger Schrotschiffe der neuen Verkehrsordnung sofort ausgesetzt; für andere wurde eine milde Handhabung oder baldige mildere Fassung in Aussicht gestellt. Nach der Mittnacht der Polizeipräsidenten wird sich zeigen, wie weit die Zugänge der den Präsidenten vertretenden Polizeipräsidenten hinsichtlich geminnen. Vorläufig bleibt als beständigste die Aufgabe bestehen, daß eine förmlich-präsidentliche Polizeibehörde mit einer Streikkommission verhandelt und Schlichtungen getroffen hat.

Streik in der Zigarrenfabrik von S. Kerkens in Droy. Seit dem 22. September befinden sich die Zigarren- und Zigarettenfabriken von S. Kerkens wegen einer 10 bis 15prozentigen Lohnforderung im Streik. Die fünf Christlichen hatten dieselben Forderungen gestellt, arbeiten jetzt aber ruhig weiter. Der Zigarrenarbeiterverband kommt mit 40 Mitgliedern in Betracht. Werteswert ist, daß die drückliche Antikriegsaktion eintrifft, die gegenständlichen Forderungen auch gemeinsam eintrifft. Die überaus großen Forderungen sollen erfüllt, die Arbeiter auszusperren; es wurden 120 Arbeiter davon betroffen werden. — Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Bewegung noch weitere Kreise zieht.

## Allerlei.

### Tobesturz zweier Arbeiter.

Der Arbeiter Franz W. der Sonntag nachmittags mit seinem Koffer Vieh zu S. Kerkens zu einem Streik fuhr, wurde aufgefunden, wie er in der Nähe der großen Kohlenbahn aus zweihundert Meter Höhe herabgestürzt abgestürzt. Als sein Kopf auf den Boden aufschlug, wurde er tödlich verletzt. Ein Arzt wurde herbeigeholt, der den Verstorbenen aber nicht retten konnte. Der Arbeiter war ein gebürtiger Arbeiter aus S. Kerkens, der seine Arbeit in dem Bogen herab. Beide Arbeiter sind to.

## Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 7. Oktober 1912.

### Querretreibern der Fleisch.

Seitdem der Beschluß über die Einrichtung des städtischen Fleischbetriebs gefaßt ist, lassen die Fleischmeister nichts unversucht, um diese billige Konkurrenz wieder loszuwerden. Teuerungsdemonstrationsmitglieder legen ihre Meister nieder, der Fleischer der Stadt wurde terrorisiert, ein falsches, schändliches Gerücht nach dem andern wurde verbreitet und die städtischen Fleischrollen gar von ihrem Wert fernerhalten, zum Streik genötigt werden. Da aber alles gegenüber dem tatsächlichen Notstandsbedürfnis nichts nützt, hielt es schließlich doch die Fleischer lenken ein, nachdem auch die letzte Rettungshoffnung, der Regierungspräsident, an den sie sich hilfeverlangend gewandt haben, verjagt hat. Der Herr mußte es selbstverständlich ablehnen, den städtischen Fleischverkauf zu verbinden oder auch nur zu beschränken. Die Fleischer haben dann in einem Schreiben an den Magistrat ihre Bereitwilligkeit zugelegt, unter gewissen Bedingungen den billigeren Fleischverkauf zu übernehmen, wenn nicht noch dies letzte Mittel zum Zweck des Verkaufs von städtischem Fleisch durch die Lebensmittelverwaltung ehebedeutende Schwierigkeiten. Etwas wollen diese Herren sich nicht darauf einlassen, das Fleisch zu einem Einheitspreis zu verkaufen, und dann bestehen sie darauf, neben dem städtischen Fleisch auch solche auf eigene Rechnung verkaufen zu dürfen. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich wegen der Bestellung, der Beschaffung und der Anzahl der Geschäfte, die den Verkauf übernehmen sollen. Durch die vielen gestellten Bedingungen soll der Verkauf von billigem städtischem Fleisch illusorisch gemacht werden, denn es wird selbstverständlich eintreten, daß städtisches Fleisch schlecht behandelt und den Käufern so unvorteilhaft als nur möglich feilgehalten wird. — Die Teuerungsdemonstration wird auf Grund von Erfahrungen anderer Städte fortarbeiten müssen, die geeigneten Mittel zu finden und zu finden, die es ermöglichen, die Bevölkerung auch in Zukunft mit billigem Fleisch zu versorgen.

Nach Mitteilungen der statistischen Monatsberichte der Stadt Halle betragen im Monat August die höchsten Lebenspreise für Rindfleisch: Lebe 1,50 Mk., Keule 1,20 Mk., Bug 1,20 Mk., Rindfleisch 1 Mk., Der Durchschnittspreis ergab 1,35 Mk. für den höchsten, 1,27½ Mk. für den häufigsten und 1,00 Mk. für den niedrigsten Lebenspreis, während im hiesigen Fleischnote auf ein Pfund Rindfleisch in der vergangenen Woche 80 Pf. kostete, also immer noch 20 Pf. billiger als der niedrigste Lebenspreis war. Bei dem Schweinefleisch ist die Spannung etwas geringer, es betragen die Preise für Schnitt 1,40 Mk., Bratenfleisch 1,40 Mk., Bug 1,20 Mk., Rindfleisch 1,10 Mk. Hier betragen die Durchschnittspreise 1,27½ Mk. für die höchsten, 1,15 Mk. für die häufigsten und 90 Pf. für die niedrigsten Lebenspreise. Im städtischen Fleischverkauf kostete vorige Woche trotz der Preissteigerung im letzten Monat ein Pfund Schweinefleisch immer erst 92 Pf. Die Zahl der Schlachtungen ist im letzten Jahre stark zurückgegangen. Auf dem hiesigen Schlachthofe betragen die Schlachtungen:

Im August 1911 Oshen oder Bullen	334	Rübe oder Färsen	616
" " "	343	" " "	594
" " im Jahre 1912 weniger	41	" " "	32

Im August 1911 Küller	1366	Schweine	6444
" " "	1046	" "	5111

Wio in diesem Jahre weniger	320	" "	333
Im August 1911 Schaf	1187	Werde	138
" " "	1504	" "	190
Wio in diesem Jahre mehr	317	" "	322

Insgesamt wurden 207 Tiere weniger geschlachtet als im gleichen Monate des Vorjahres, die Bevölkerung stieg seit dieser Zeit von 181 271 auf 187 199 Einwohner, vermehrte sich somit um 5908. Diese Zahlen zeigen, daß trotz der bedeutenden Bevölkerungszunahme, außer Schafen und Werten, ein erheblicher Rückgang bei den Schlachtungen zu verzeichnen ist, was deshalb noch ganz besonders ins Gewicht fällt, weil es in diesem Jahre größtenteils Tiere leichterem Gewichtes waren; das Gewichtsquantum, das auf den einzelnen Einwohner entfällt, also rapid gesunken ist. Das Volk leidet also immer größere Not und die Querretreibern der Herren Fleischer dürfen auf keinen Fall die Aktion zur Linderung der Teuerungssorgen hindern.

### Die Kaufmannsgerichtsahnl

ist vom Magistrat ausgeführt. Aus der Bekanntmachung gehen wir nachstehend die wichtigsten Punkte wieder. Der Kaufmannsgericht des Saale a. S. vom 22. November 1904 werden die Mitglieder des Kaufmannsgerichts auf die Dauer von 4 Jahren bestellt. Es scheidet alle 2 Jahre die Hälfte der Mitglieder sowohl aus dem Kreise der Kaufleute, als dem der Handlungsgehilfen aus. Mit Ende des laufenden Jahres scheidet die im Jahre 1905 gewählten Mitglieder aus dem Kreise der Kaufleute: Reinhold Hmann, Paul Stritzke, Richard Zeinge, Adolf Seiler, Bernhard Raich, Werner Müller, Karl Probst, Julius Ritter, Oswald Weide und Gustav Weigler; aus dem Kreise der Handlungsgehilfen: Paul Binder, Wilhelm Singer, Paul Kersten, Hugo Haeder, Erich Knopf, Robert Rüben, Kurze Remold, Franz Zieger, Otto Bürger, Ernst Pflüger. Demgemäß sind 20 Mitglieder zu wählen, und zwar 10 aus dem Handlungsgehilfen regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres befristeten, sowie 10 aus den Kaufmannsgehilfen. Die Wahl dieser Mitglieder erfolgt am Mittwoch, den 6. November 1912, in der Zeit von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 4 Uhr.

Die Stadt Halle a. S. bildet einen Wahlbezirk. Zur Ausübung des Wahlrechts werden die folgenden drei öffentlichen Wahlstellen eingerichtet: 1. Wahlstelle: Schultheiß, Poststraße 3, 2. Wahlstelle: Schultheiß, Poststraße 3, 3. Wahlstelle: Weibiersalon, Weinbergstraße 24.

Die Wahl der Mitglieder ist unmittelbar und geheim, sie findet nach den Grundsätzen der Bestimmung im § 11 des Wahlgesetzes am öffentlichen Wahltage, den 15. Oktober 1912, abends 6 Uhr in der Gerichtskanzlei des Kaufmannsgerichts, Schmeerstraße 1, L., einzutreten. Die Kandidatenlisten sind für die Kaufleute und Handlungsgehilfen gefolgt aufzustellen und dürfen sowohl bei den Kaufleuten wie bei den Handlungsgehilfen höchstens je 10 Namen enthalten; sie müssen — unter Benennung eines für weitere Verhandlungen beschleunigten

